

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier, ASF-Vorsitzende, bewertet die Erfolge der Frauenpolitik: Internationaler Frauentag - Kampf- und Feiertag zugleich.

Seite 1

Adolf Salzer, Sprecher des SPD-Bezirks Hessen-Süd, schildert die Lage der hessischen CDU vor den Kommunalwahlen: Wallmanns Pannen-Kabinett.

Seite 4

Peter Conradi MdB suchte vergeblich nach der wohnungsbaupolitischen Substanz der Vorschläge des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth: Späths Luftschlösser.

Seite 6

44. Jahrgang / 46

7. März 1989

Kampf- und Feiertag zugleich

Internationaler Frauentag 1989

Von Inge Wettig-Danielmeier
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und
SPD-Präsidiumsmitglied

„Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ So kommentierte Marie Juchacz selbstbewußt die Einführung des Frauenwahlrechts in ihrer Rede, es war die erste Rede einer Frau vor einem deutschen Parlament im Februar 1919.

Der Einführung des Frauenwahlrechts durch SPD und USPD war ein langer Kampf vorausgegangen. Seit 1848 hatten sozialistische und bürgerliche Frauen das Stimmrecht eingefordert, in Europa war es zum erstenmal in der Französischen Revolution gefordert worden. Damals bestieg Olympe de Gouges noch das Schafott statt die Tribüne, die sie für die Frauen gefordert hatte.

All diese Frauen hätten es nicht für möglich gehalten, daß Jahrzehnte nach Einführung der Gleichberechtigung Frauen immer noch als Minderheit für ihre Rechte kämpfen mußten. Daß Frauen im politischen Leben zwar das Recht erworben hatten zu wählen; aber damit noch lange nicht die Chance, gewählt zu werden. Noch 1980 saßen anteilig nicht mehr Frauen im Deutschen Bundestag als 1919 in die Deutsche Nationalversammlung eingezogen waren.

Im 70. Jahr nach Einführung des Frauenwahlrechts bewegte sich die Männerwelt in der traditionsreichen SPD! Hatten die Genossen auch seit mehr als 100 Jahren die Gleichheit verlangt und versprochen: der Geist war willig und das Fleisch schwach. Jetzt sollten den Worten auch Taten, und zwar ausreichend Taten, folgen! Noch in diesem Jahrhundert sollen Frauen und Männer zumindest in der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzfalten-Druckung
mit 100% recyceltem Rohstoff
Kreuzfalten-Papier



SPD zu gleichen Teilen mitbestimmen. Frauen sollen nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden, mit Hilfe der Quote! Deshalb ist der Internationale Frauentag 1989 nicht nur ein Kampftag sondern auch ein Feiertag - wir wollen die unbestreitbaren Erfolge der letzten Jahre feiern. Und daß die Quoten nicht nur auf dem Papier stehen, beweist Berlin: von den 55 von der SPD errungenen Sitzen im Abgeordnetenhaus werden 20 von Frauen besetzt. Aber auch in Hessen wird nach den Wahlen am 12. März die Quote erfüllt, in vielen Großstädten übererfüllt werden. Nordrhein-Westfalen wird im Oktober hoffentlich gleiche Erfolge melden können. In das Europäische Parlament werden für die SPD mehr als ein Drittel Frauen einziehen. Die SPD-Frauen werden nicht mehr als dekorative Einzel-Blumen die Fraktionen verschönern, sondern als kräftig wucherndes Unkraut mit Frauenpower die Interessen der Frauen vertreten, ohne uns von Männern sagen lassen zu müssen, wie unsere wahren Interessen aussehen.

Wir wollen die Vergleichbarkeit von Beruf und Familie, wir wollen erwerbstätig sein, aber sonntags nie! Längere Maschinenlaufzeiten und Sonntagsarbeit schaffen keine neuen Arbeitsplätze, sondern vernichten bestehende, wenn sie nicht begleitet sind von unrealistisch hohem Wachstum und Konsumanstieg. Wir wollen den Sechs-Stunden-Erwerbstag und flexible Arbeitszeiten, die uns die Chance lassen für ein erfülltes Privat- und Familienleben. Wochenendarbeit und unsinnige Schichtarbeit zerstören Privatleben und Familie. Wir SPD-Frauen nehmen weder mehr Sonntagsarbeit noch die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeiten kampflos hin. Und insofern wird klar, daß auch der Internationale Frauentag 1989 ein Kampftag ist: Noch sind wir von der gesellschaftlichen Gleichheit weit entfernt: Das gilt auch für Europa. Frauen brauchen im europäischen Binnenmarkt gleiche Chancen. Wer die Entwicklung allein dem Spiel der freien Kräfte überläßt, stärkt die, die schon stark sind, belastet die, die ohnehin belastet und diskriminiert sind.

Der europäische Binnenmarkt kommt, zu ihm gibt es keine Alternative. Frauen sind bis jetzt - trotz wichtiger Impulse der EG - in allen ihren Ländern benachteiligt.

Es gilt rechtzeitig durch europäische, vor allem aber durch eigene Anstrengungen in der Bundesrepublik die Chancen der Frauen im Binnenmarkt zu stärken.

Das heißt, wir brauchen ein deutsches Gleichstellungsgesetz mit Biß, das den Frauen den gleichen Zugang zu Arbeitsplätzen, Qualifikation, Weiterbildung und Aufstiegschancen sichert.

Wir brauchen nicht nur kürzere Arbeitszeiten, sondern wir brauchen endlich vernünftige Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Es ist nur unserer verquasteten konservativen Kleinbürgerideologie zu verdanken, daß die reiche Bundesrepublik im Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen ganz hinten steht. In Frankreich gibt es für die Hälfte aller Zweijährigen Kinderbetreuungseinrichtungen. Eine Traumvorstellung, die wir bei weitem noch nicht für die Drei- bis Sechsjährigen verwirklicht haben. Die vorgeschlagene Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes weist in der Kindergartenfrage den richtigen Weg. Allerdings muß es dazu auch Finanzierungskonzepte geben. Hier hat Ursula Lehr ihre Aufgabe! Die Kinderbetreuung Zweijähriger wollen wir dann gerne mit unterstützen. Ohne Ganztagschulen für alle bleiben die Versprechungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie reine Lippenbekenntnisse.

Wir wollen und müssen der wachsenden Ausländerfeindlichkeit entgegenreten. Wir werden eine Kampagne der Solidarität mit ausländischen Frauen und ihren Familien in allen EG-Ländern führen. Das schließt für uns in der Bundesrepublik Aussiedlerinnen und ihre Angehörigen ein. In allen Staaten der Europäischen Gemeinschaft leben Ausländerinnen und Ausländer, sie werden diskriminiert, obwohl sie unsere Kultur und Wirtschaft bereichern.

Ausländische Frauen brauchen ein Aufenthaltsrecht unabhängig von ihren Partnern oder Ehemännern. Sie müssen auch unabhängig von ihren Partnern am politischen Leben teilnehmen können. Sie müssen dort wählen und gewählt werden, wo sie dauerhaft leben.

Die Gleichheit der Frauen in Europa werden wir nur gemeinsam erreichen, gemeinsam mit den Frauen aller EG-Länder.

Daß wir uns auf unseren Siegen nie ausruhen können, zeigt die unselige Diskussion um den Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB). Obwohl die Frauen und mit ihr die SPD seit Anfang dieses Jahrhunderts gegen den Paragraphen 218 gestritten und wichtige Teilerfolge zugunsten der Frauen durchgesetzt haben, wird selbst dieser Fortschritt in Frage gestellt, werden Frauen und Ärzte wieder auf die Anklagebank gesetzt. Wir wollen Schwangerschaftsabbrüche soweit wie möglich verhindern durch Aufklärung, durch Rat und Hilfe, durch Chancengleichheit von Frauen und Männern, durch eine kinderfreundliche Gesellschaft. Die Unionsparteien wissen: Strafe und rigorose Gesetze verhindern keinen Schwangerschaftsabbruch. Es geht ihnen um ihre Ideologie und übernommene Moralvorstellung, nicht um Hilfe.

Wir sind gegen die Bestrafung von Frauen. Frauen brauchen unsere Hilfe, sie brauchen eine Gesellschaft gleicher Chancen für sich und für ihre Kinder, in der Bundesrepublik und in Europa.

Wir linken Frauen Europas wollen gemeinsam dafür streiten, daß Europa ein Europa wird, in dem endlich der alte Widerspruch zwischen Frauen- und Männerwelt aufgehoben wird, in dem Frauen, Männer, Kinder als „Gleiche“ miteinander leben können.

Deshalb fordern wir: Europa nur mit uns! Frauen in der SPD.

(-/7.3.1989/st/ks)

* * *

Wallmanns Pannen-Kabinett

Immer wieder Ohrfeigen vom Gericht - CDU im Stimmungstief

Von Adolf Salzer
Sprecher des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Ein müdes Lächeln bei Freund und Feind: Walter Wallmanns Ankündigung, durch persönlichen Einsatz die Frankfurter CDU vor der am 12. März drohenden Schlappe bewahren zu wollen, reißt keinen mehr von den Sitzen. Eine Zugnummer ist der hessische Ministerpräsident längst nicht mehr. Im Gegenteil, das miserable Image der Landes-CDU und ihres Vorsitzenden läßt die durch Steuerpolitik, Gesundheits-„Reform“ und zahllose Skandale ohnehin arg gebeutelten Christdemokraten zusätzliche Stimmenverluste bei den Kommunalwahlen befürchten.

Auf 32,1 Prozent - zehn Punkte weniger als bei der letzten Landtagswahl - würde die hessische Union heute noch kommen, so das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Ipos). In Auftrag gegeben hatte die Ipos-Studie Wallmanns Staatskanzlei. Der Frankfurter CDU und ihrem durch die Bestechungsaffäre ins Zwielficht geratenen Oberbürgermeister Wolfram Brück attestierten die Mannheimer Wahlforscher einen Sturz von 46,9 auf 39,5 Prozentpunkte.

Wallmanns CDU/FDP-Koalition, angetreten, „um Hessen aus den Schlagzeilen zu bringen“, liefert inzwischen Schlagzeilen im Übermaß - negative fast ausnahmslos. Ein Gutteil ihrer Fehlentscheidungen ist bei Gerichten aktenkundig:

- Mit einer Übergangsverordnung wollten Christ- und Freie Demokraten den Zugang zu weiterführenden Schulen durch staatliche Auslese lenken lassen - sie mußten sich vom Kasseler Verwaltungsgerichtshof sagen lassen, daß dies die Elternrechte wie die Persönlichkeitsrechte der Schüler verletzt und die entscheidenden Paragraphen verfassungswidrig sind.
- Mit dem „Hausbewerber-Erlass“ sollten bei der Besetzung von Schulleiterpositionen unliebsame Bewerber ausgeschlossen werden, um leichter Parteibuch-Kandidaten von außen durchsetzen zu können. Damit aber - so die Verwaltungsrichter - haben Kultusminister Christean Wagner und die Landesregierung das Beamtenrecht verletzt. Eine große Anzahl Bewerbungsverfahren mußte neu aufgerollt werden.
- In Rotenburg sollte der Schulträger gezwungen werden, statt der Gesamtschule ein Gymnasium einzurichten. Hier mußte der Kultusminister sich vom Verwaltungsgericht sagen lassen, daß er mit dieser Weisung kommunale Rechte verletzt hatte.

Parteibuchwirtschaft, in allen bisherigen Landtagswahlkämpfen Evergreen unter den CDU-Vorwürfen an die Adresse der Roten, ist zum Kennzeichen schwarzer Personalpolitik geworden. Der Anspruch, ein korrekter Landesvater zu sein, ist bei Wallmann knapp zwei Jahre nach dem Amtsantritt in Wiesbaden zur Pflege kurioser Etikette degeneriert: Duzfreunde müssen sich in der Ministerrunde und bei Besprechungen mit dem Titel anreden. Von „Seiner Scheinheiligkeit“ sprechen Wallmann-Mitarbeiter inzwischen. Und von Gerichten setzt es Ohrfeigen.

So wurde Wallmann vom Verwaltungsgericht Wiesbaden untersagt, die Funktion des Leiters einer in der Wiesbadener Staatskanzlei neu geschaffenen Abteilung „K“ (Kirchen, innerdeutsche Beziehungen, Brauchtum) mit dem von ihm dafür ausersehenen Parteifreund, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion, zu besetzen. Gegen diese Parteibuch-Beförderung hatte der Leitende Ministerialrat Rudolf Wirtz geklagt. Er hält in der Staatskanzlei schon seit 1971 die Kontakte zu Kirchen und Religionsgemeinschaften - „zur vollen Zufriedenheit“ aller Beteiligten. „Wirtz hat nur einen Fehler: Er ist Mitglied der SPD“, spottete der „Vorwärts“.

„Eklatante Verstöße gegen das Beamtenrecht“ hielt der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Ernst Welteke, dem christdemokratischen Regierungschef vor. Das Gericht habe den Versuch Wallmanns gestoppt, die Spitzen der Staatskanzlei „mit Parteisoldaten zu besetzen“.

Ende Dezember war die Wallmann-Regierung schon einmal wegen einer fragwürdigen Personalentscheidung gerichtlich gerüffelt worden: Wirtschaftsminister Alfred Schmidt (FDP) erhielt vom Verwaltungsgerichtshof in Kassel die Anweisung, den Ministerialdirigenten Hermann Zinn, einen Abteilungsleiter mit SPD-Mitgliedsbuch, mit einer „amtsangemessenen“ Aufgabe zu betrauen. Zinn wollte nicht auf ein Abstellgleis geschoben und mit Arbeiten beschäftigt werden, die weit unter seiner Qualifikation liegen.

Die personalpolitischen Pannen dieser Regierung, die einmal das Hessenland „in Ordnung bringen“ wollte, fügen sich in das Bild, das Wallmann auch auf anderen politischen Feldern bietet. Immer wieder habe sich Wallmann - so der „Spiegel“ - „als Krisenmanager profilieren wollen, mit großtuerischen Ankündigungen aber nur verwirrt und Zugzwänge geschaffen“.

In Sachen „Strahlenmolke“ zum Beispiel. Die im Bundesgebiet hin- und hergeschobenen Güterwaggons mit verstrahltem Molkepulver wollte der Ministerpräsident „aus Staatsräson“ in einer Milchfabrik bei Gießen entsorgen lassen, pikanterweise auch noch in einem als Trinkwasserschutzgebiet vorgesehenen Gelände - der ehemalige Umweltminister Wallmann! Als die gesamte Region protestierte, gab Wallmann klein bei. Jetzt soll die seit langem in Güterwagen lagernde Fracht im fernen Emsland entseucht werden.

Beispiel Bestechungsskandal: Schon vor einem Jahr hatte Wallmann öffentlich verkündet, im Zusammenhang mit dem Skandal um die Hanauer Atomfirmen Nukem und Transnuklear gebe es Hinweise, daß Bombenstoff aus der Bundesrepublik in Drittländer geliefert werde - den Beweis blieb Wallmann bis heute schuldig.

Wallmanns Image ist - so der „Spiegel“ - „binnen anderthalb Jahren rapide abgesackt“. Mit bösen Vorahnungen sieht die Hessen-CDU dem 12. März entgegen, der ersten Testwahl nach der hessischen Wende.

(-/7.3.1989/st/ks)

Späths Luftschlösser

Kaum mehr als eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen

Von Peter Conradi MdB

Mehr als Luftschlösser sind es wohl nicht, die 300.000 Wohnungen, die nach dem Vorschlag des baden-württembergischen CDU-Ministerpräsidenten Späth in den nächsten drei Jahren zusätzlich gebaut werden sollen. Jahrelang haben CDU/CSU und FDP den Rückzug des Staates aus dem Wohnungsbau gepredigt, weil angeblich der Markt alles viel besser mache. Jetzt überbieten sich die Totengräber des Sozialen Wohnungsbaus mit immer neuen Ankündigungen, die der Bundesfinanzminister dann einige Wochen später wieder einsammelt.

Die Vorschläge Späths zur steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus laufen im wesentlichen auf eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen hinaus. So gewinnt man Abschreibungshaie, keine seriösen Bauherren. Die steuerliche Förderung nach dem Gießkannenprinzip wird die staatlichen Mittel nicht in die Großstädte mit Wohnungsnot lenken.

Auch Späths Zusicherung, die Aussiedler sollten nicht mehr gegenüber der einheimischen Bevölkerung bevorzugt werden, ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht, solange die Bundesregierung eisern daran festhält, nur den Bau von Aussiedlerwohnungen zu fördern, den Bau von Sozialmietwohnungen aber für einheimische Wohnungssuchende nicht zu fördern.

Das Ganze ist eine weitere Seifenblase aus der Späth'schen Trickkiste, die bei der leeren Kasse in Bonn rasch platzen wird. Angesichts der Tatsache, daß Späth jahrelang den Sozialen Wohnungsbau zielbewußt kaputtgemacht hat, sind seine Vorschläge nichts anderes als Chuzpe. Chuzpe ist, wenn ein Mann seine Eltern erschlägt und dann vor Gericht mildernde Umstände beantragt, weil er Vollwaise ist.

(-/7.3.1989/st/ks)

* * *